10.11.1997

Antrag

der Fraktion der CDU

Verbraucherinsolvenzverfahren nach der Insolvenzordnung (InsO) muß schnellstens umgesetzt werden

Bereits im Jahre 1994 wurde die Reform des Insolvenzrechts beschlossen. Neben dem sogenannten Regelinsolvenzverfahren, welches praktisch nur für Unternehmer und Kaufleute gilt, gewährt das neue Gesetz auch überschuldeten Privatpersonen ein Recht auf Restschuldbefreiung, wenn bestimmte gesetzliche Anforderungen und Auflagen erfüllt werden. Dieses gerichtliche Verfahren soll aber nur dann zulässig sein, wenn eine außergerichtliche Einigung mit den Gläubigern über die Schuldenbereinigung auf der Grundlage eines Insolvenzverfahrens erfolglos geblieben ist. Diese obligatorischen außergerichtlichen Einigungsbemühungen mit Hilfe von Schuldnerberatungsstellen oder anderen sollen bereits ab dem 1. Juli 1998 beginnen. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die Schuldnerberatungsstellen finanziell angemessen auszustatten und ihre Mitarbeiter entsprechend zu schulen.

Nachdem es zwischenzeitlich gelungen ist, die Bedenken einiger Bundesländer gegen die Umsetzung der neuen Insolvenzordnung zu beseitigen, steht einem Inkrafttreten zum 1. Januar 1999 nichts im Wege. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, baldmöglichst ein entsprechendes Landesausführungsgesetz in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen. Weiterhin müssen im Haushalt 1998 Mittel für die notwendige Finanzierung der Schuldnerberatungsstellen bereitgestellt werden.

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf:

1. schnellstmöglich das notwendige Gesetz und gegebenenfalls dazugehörige Verordnungen für eine Umsetzung des neuen Verbraucherinsolvenzverfahrens nach der Insolvenzordnung (InsO) dem Landtag zur Beratung zuzuleiten;
2. in Zusammenarbeit mit den Schuldnerberatungsstellen den notwendigen Finanzbedarf für eine flächendeckende Beratung zu ermitteln und diesen dem Landtag rechtzeitig vor Verabschiedung des Landeshaushaltes 1998 mitzuteilen.

Dr. Helmut Linssen

und Fraktion

Datum des Originals: 10.11.1997/Ausgegeben: 10.11.1997

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.